

## **Die Situation in Polen**

Polen befand sich 1980 in einer sehr prekären Lage. Als Satellitenstaat der UdSSR hatte die Volksrepublik zwar einen gewissen Spielraum, der politische Möglichkeiten ergab, war aber dennoch von der Sowjetunion abhängig. Die regierende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) agierte nicht sehr erfolgreich. Eine erdrückende Staatsverschuldung und eine schlechte Versorgungslage mit Lebensmitteln waren die Folgen, die der Bevölkerung stark zusetzten. Durch eine neue Wirtschaftsstrategie 1976 sollten die Exporte gesteigert werden, was jedoch zu weiteren enormen Schulden führte. Dies wiederum bedingte eine Erhöhung der Lebensmittelpreise. Daraufhin kam es zu Unruhen und Protesten, die ihren Höhepunkt mit dem Streik am 14. August 1980 in der Danziger Lenin-Werft fanden. Hier streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter für die Wiedereinstellung von Anna Walentynowicz und weiteren entlassenen Kolleginnen und Kollegen. Der Streik, dem sich schnell andere Betriebe landesweit anschlossen, endete am 31. August 1980 mit dem Danziger Abkommen und der Gründung eines überbetrieblichen Streikkomitees. Mit dem Danziger Abkommen wurden die Hauptforderungen der Streikenden umgesetzt: Die Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Aufstandes von 1970, die Erlaubnis unabhängige Gewerkschaften zu gründen, die Einhaltung des Streikrechts mit dementsprechenden Sicherheiten der Streikenden, das Recht auf Meinungsfreiheit und die Wiedereinstellung und Freilassung politischer Gefangener. Am 17. September wurde daraufhin der unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaftsbund Solidarność unter der Führung von Lech Wałęsa offiziell gegründet. Von Anfang an erwies sich die Kommunikation mit der PZPR als schwierig. Aufgrund der gegensätzlichen Interessen kam es selten zu einer politischen Annäherung. Mitglieder mussten mit Verfolgungen, Inhaftierungen und Diffamierungen rechnen. Unterstützung fand die Solidarność bei der polnischen Intelligentsia und dem Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) unter Adam Michnik und Jacek Kuroń sowie der katholischen Kirche.

### **Die Solidarność wird zur Massenbewegung**

Aufgrund der großen Sympathie für die Solidarność aus der Bevölkerung wuchs die Einflussnahme der Gewerkschaft stetig an. Auf dem Höhepunkt ihres Wirkens zählte die Bewegung ca. zehn Millionen Mitglieder und damit rund ein Drittel der Bevölkerung. Doch nicht nur in der PZPR kam

es zu Meinungsverschiedenheiten, sondern auch innerhalb der Solidarność. Diese eigentlich friedliche Gewerkschaft war sich über den richtigen Weg zur Erreichung ihrer Ziele uneinig. Viele waren der Meinung, dass durch radikalere Maßnahmen mehr erreicht werden könnte, wie zum Beispiel durch einen kompletten Umsturz des politischen Systems. Als dann im Februar 1981 General Wojciech Jaruzelski Ministerpräsident wurde, verschärfte sich der Kurs gegen die Solidarność noch einmal drastisch. Jaruzelski suggerierte eine vermeintliche Kooperationsbereitschaft, obwohl er bereits erste Schritte zur Verhängung des Kriegsrechts unternahm. Letztendlich wurde dieses in der Nacht zum 13. Dezember 1981, auch aufgrund des Drucks der Sowjetunion, ausgerufen, um die schwierige Lage in Polen unter Kontrolle zu bringen.

### **Die Reise nach Bremen**

Einen Tag zuvor, am 12. Dezember 1981, hatte die Solidarność eine Delegation nach Bremen entsandt, die dort circa zehn Tage bleiben sollte. Diese bestand aus: Kazimierz Kunikowski, Gerard Bobrowski, Adam Dębowski, Bogdan Felski, Henryk Jagielski, Marek Mikołajczuk, Tadeusz Raczek sowie der Dolmetscherin Irena Fryder. Das Ziel war ein Austausch zwischen der polnischen Solidarność und den deutschen Gewerkschaften. Außerdem sollte der Kontakt zwischen den beiden Partnerstädten Bremen und Danzig ausgebaut werden. Nach langjährigen Verhandlungen hatte 1976 die polnische Regierung eine Zusammenarbeit mit der Hansestadt Bremen gebilligt. Es handelte sich um die erste Städtepartnerschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Polen.

Die Reise der Delegation erwies sich als überaus schwierig. Sie wurde durch die Grenzpolizei der DDR und das Militär kontrolliert, durchsucht und auch verbal bedroht. Aufgrund dieser Komplikationen verzögerte sich die Weiterfahrt, weshalb sie erst in den Morgenstunden des 13. Dezember 1981 an ihrem Zielort ankam, wo sie von der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen erfuhr. Zunächst befanden sich die Reisenden in einer vollkommenen Ungewissheit, da auch die Telefonleitungen nach Polen unterbrochen waren: Sollten sie zurückreisen? Wie ging es ihren Kolleginnen und Kollegen? Waren ihre Familien sicher?

### **Die Unsicherheit der Delegation**

In Bremen gab es neben diesen vielen Unsicherheiten, weitere Probleme, da zunächst unklar war, wo die Delegierten untergebracht werden sollten. Nach ihrer Ankunft wohnten sie zunächst

provisorisch im Bildungshotel der Arbeiterkammer, dem Marschenhof in Wremen–Hofe, weit außerhalb Bremens fast an der Nordsee gelegen. Im Januar 1982 konnte eine langfristige Unterkunft durch ein von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) unterhaltenes Haus an der Marcusallee im Stadtzentrum gefunden werden. Am 15. Dezember 1981 empfing das Bremer Rathaus die polnische Delegation, wo sie durch Senator Karl Willms auch der breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Nach anfänglichen Unstimmigkeiten über die anfallenden Kosten für die polnische Delegation sowie ihre Betreuung einigten sich die Stadt Bremen und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) am 26. Januar 1982 über die Einrichtung von Büroräumen in der Eduard-Grunow-Straße. Die Räumlichkeiten konnten am 19. April 1982 bezogen werden und die Arbeit des Bremer Solidarność Büros begann.

### **Das Bremer Solidarność-Büro**

Noch immer herrschte das Kriegsrecht in Polen und eine Ausreise war ein Weg ins Ungewisse. Zudem erhofften sich die Gestrandeten, aus dem Ausland eine größere Hilfe für Polen zu sein, so dass sie sich dazu entschieden, in Bremen zu bleiben und von dort tätig zu werden. Lediglich Tadeusz Raczek sowie die Dolmetscherin Irena Fryder reisten zwei Wochen nach ihrer Ankunft Ende Dezember 1981 wieder ab. Die anderen sechs Solidarność-Mitglieder legten folgende Büroorganisation fest: Als Leiter sollte Kazimierz Kunikowski agieren, die Führung des Sekretariats übernahm Bogdan Felski, für Finanzangelegenheiten war Marek Mikołajczuk zuständig, die Abrechnungen zwischen dem Büro und dem DGB übernahm Henryk Jagielski, das Büromaterial organisierte Adam Dębowski, Gerard Bobrowski koordinierte die Aktivitäten humanitärer Hilfen. Jerzy Gasior wurde als nachträgliches Mitglied aufgenommen. Als zentraler Aufgabenbereich der Bremer Aktivisten kristallisierte sich die Organisation von Hilfspaketen nach Polen heraus. Dabei bekamen sie Unterstützung durch die Katholische Kirche in Polen. Durch den engen Kontakt zwischen Kirche und Delegation konnte genau koordiniert werden, wo welche Hilfe am nötigsten gebraucht wurde. Die Hilfsgüter, von Kleidung bis hin zu Medikamenten, kamen auch zu einem Teil aus der deutschen Bevölkerung. Daneben kennzeichnete die Arbeit des Büros der Austausch mit anderen Außenstellen der Solidarność, darunter jenen in Düsseldorf und Brüssel, sowie mit dem DGB. Außerdem informierten sie durch die Herausgabe der Zeitschrift „Fakten und Kommentare“ über ihre Tätigkeit in Bremen.

## **Die Auflösung des Büros**

Bereits zum Ende des Jahres 1982 zeichnete sich die baldige Schließung des Bremer Büros ab. Dafür verantwortlich war zum einen, dass die Koordination der Auslandsbüros der Solidarność zentral von der Niederlassung in Brüssel übernommen werden sollte. Zum anderen wurde am 22. Juli 1983 das Kriegsrecht in Polen aufgehoben und somit endete die wichtigste Aufgabe der Bremer Delegation: die Verteilung von Hilfsgütern. Durch das Ende des Ausnahmezustandes in Polen war es den Mitgliedern auch wieder gefahrlos möglich, nach Polen zurückzukehren. Die Tätigkeiten der Solidarność in Bremen wurden zu Beginn des Jahres 1983 vermehrt auf andere Organisationen verteilt. Zunehmend wurde das Büro als überflüssig erachtet, so dass der DGB am 15. September 1983 die Zahlungen einstellte, was das formale Ende seiner Unterstützung markierte. Zuvor hatte der DGB Marek Chlebowicz, einen ebenfalls emigrierten Solidarność-Gewerkschafter, um eine Einschätzung des Bremer Büros gebeten, der ein vernichtendes Urteil abgegeben hatte. Erst später stellte sich heraus, dass er zuvor für den polnischen Geheimdienst gearbeitet hatte. Ob dieser Fakt seine Einschätzung beeinflusste, ist ungewiss.

Am 21. Oktober verkündeten Henryk Jagielski, Marek Mikołajczuk, Adam Dębowski und Bogdan Felski dann die Beendigung ihrer Arbeit für die Solidarność, und das Büro löste sich formell auf. Bis heute ist jedoch umstritten, welche Gründe im Endeffekt zur Auflösung des Büros beitrugen. Innerhalb der Delegation gab es ab dem Jahre 1983 einen zunehmenden Streit darüber, ob mit dem Präsidenten Jaruzelski trotz der Ausrufung des Kriegsrechts ein Kompromiss gefunden werden könne oder ob auf seine Absetzung hingearbeitet werden müsse. Zudem nahmen viele der Mitglieder des Büros in Bremen eine reguläre Arbeit auf und gründeten Familien, beziehungsweise diese konnten endlich nachreisen, was zu einem weiteren Streitpunkt führte, weil sich jene nun nicht mehr hauptberuflich der Gewerkschaftsarbeit widmeten.

## **Was danach passierte**

Adam Dębowski lebt bis heute in Bremen und arbeitet im Vorruhestand bei der Deutschen Post. Marek Mikołajczuk trat kurz nach Beendigung der Arbeit beim Bremer Solidarność-Büro eine Stelle im Daimler-Benz Werk Bremen an und plant, bald in Rente zu gehen. Auch Bogdan Felski wohnt noch immer bei Bremen. Henryk Jagielski und Kazimierz Kunikowski zogen nach Eintritt in den Ruhestand nach Polen zurück, besuchen Bremen aber von Zeit zu Zeit. Gerard Bobrowski ist

bereits verstorben. Die Unterlagen des Bremer Solidarność-Büros befinden sich heute im Archiv der Forschungsstelle Osteuropa (FSO). Sie sind unter der Bestandsnummer „FSO 02-088 Informations- und Koordinationsbüro ‚Solidarność‘ Bremen“ zu finden.

Ewa Maria Slaska ist Journalistin, Autorin und Aktivistin. Sie lebte in Danzig und war Mitglied der Solidarność-Bewegung. Unter anderem arbeitete sie als Sekretärin und Schreiberkraft für die Opposition. Seit 1985 wohnt sie in Berlin und hat viele Dokumente dem Archiv der FSO übergeben, die unter der Bestandsnummer „FSO 02-096 Slaska, Ewa Maria, Verein WIR“ einsehbar sind.

### **Das Zustandekommen der Interviews**

Die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen-Interviews wurden im Rahmen eines Seminars am Institut für Geschichtswissenschaft an der Universität Bremen im Sommersemester 2021 geführt. Die Leitung hatte Prof. Dr. Susanne Schattenberg. Schnitt, Produktion, textuelle Ausarbeitung und Transkription übernahmen Josefine Battermann, Finja Bittner, Carla Bühl, Alexander Dethlefsen, Berceste Kayis, Christopher Koellner, Tom Kunert, Jan-Richard Meyer, Ramona Rücker, Jacqueline Skottki, Johannes Strauß, Janna Levke Timm. Unterstützt wurde das Projekt durch Muriel Nägler und Karina Garsztecka. Die thematische Einführung in die Oral History übernahm Dr. Thekla Keuck.

**Autoren:** Christopher Koellner und Ramona Rücker

Studenten am Institut für Geschichtswissenschaft an der Universität Bremen